

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

22.2.1914 (No. 52)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 52

Sonntag, den 22. Februar 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Str. 11 (Fernsprech-
auskunft Nr. 951, 952, 953, 954), Postfach 100
Ausgaben in Empfang genommen werden.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Februar 1914 gnädigst geruht, den Professor Dr. Eugen Gaifer an der Realschule in Tauberbischofsheim in gleicher Eigenschaft an die Realschule in Karlsruhe zu versetzen und den Lehramtspraktikanten Wilhelm Kuehns aus Ludwigsbafen a. Rh. zum Professor an der Realschule in Tauberbischofsheim zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Februar 1914 gnädigst geruht, den Professor Adolf Ritter am Gymnasium in Wertheim in gleicher Eigenschaft an jenes in Karlsruhe zu versetzen und den Lehramtspraktikanten Loh David Maier von Malsch zum Professor am Gymnasium in Wertheim zu ernennen.

Mit Entschliebung des Ministeriums der Finanzen vom 12. Februar 1914 wurden versetzt:
die Bauinspektoren Theodor Wagner in Kehl nach Karlsruhe, Robert Finzer in Singen nach Kehl, Georg Schmitt in Basel nach Oppenau, Hans Leiner in Basel nach Konstanz, Wilhelm Widinger in Durlach nach Karlsruhe.

Die Großh. Forst- und Domänenverwaltung hat unterm 12. Februar 1914 den Finanzsekretär Franz Herrmann in Mannheim zum Domänenamt Bruchsal versetzt.

Die Ernennung der Bezirksratsmitglieder für den Amtsbezirk Oberkirch betr.

An Stelle des verstorbenen Altbürgermeisters Joseph Erdrich in Ibach wurde Baderbesitzer Karl Solleder in Peterstal für die Zeit bis 1. April 1916 als Mitglied des Bezirksrats für den Amtsbezirk Oberkirch ernannt. Dies wird mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 6. Dezember 1912, in der Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — vom 9. Dezember 1912 Nr. 338, zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Karlsruhe, den 12. Februar 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner.

Eberle.

Das Badische Staatsschulbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4 prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,40 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 21. Februar 1914.

Großh. Staatsschulverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 21. Februar.

* Innerpolitische Wochenrückblicke.

Besinnliche Anwandlungen und Gegenwirkungen.
Es scheint Brauch werden zu sollen, über die Unsicherheit der inneren Lage zu klagen. Zum Teil klingt ein pessimistischer Ton hindurch. Auch auf der landwirtschaftlichen „Woche“, deren Veranstaltungen eine solche Ausdehnung erfahren haben, daß man bald mit Zug von einem landwirtschaftlichen Monate wird sprechen können, waren pessimistische Klänge zu vernehmen. Die einzige Regierungsfundgebung von politischer Bedeutung, die auf den landwirtschaftlichen Tagungen zu erfolgen pflegt, die schon mehrfach erwähnte Rede des Reichskanzlers beim Landwirtschaftsrat, ist auf diesen pessimistischen Ton nicht eingegangen. Man kann gewiß sein, daß manderlei Erscheinungen der Gegenwart in den leitenden Kreisen mit Sorgen betrachtet werden, wie denn wohl immer verantwortliche Tätigkeit fürs deutsche Vaterland von Sorgen untrennbar gewesen ist. Aber man darf nicht nur die Schattenseiten sehen. Es ist nicht angängig, bei einer „Refordeute“, wie die von 1913 genannt worden ist, nur die für den Produzenten unerfreulichen Begleiterscheinungen, die eine große Ernte wohl haben kann, ins Auge zu fassen. Ebenso ist es nicht objektiv, in der

innerpolitischen Entwicklung nur das Wachsen der Demokratie zu bemerken und alle vorhandenen Gegenwirkungen zu vernachlässigen oder zu verkleinern. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens wirkt der Geist der Arbeit schaffend und neu aufbauend. Sie, die im Dienste jedes heimischen Fleißes wie weltumspannender Unternehmungen rastlos nach immer neuer Betätigung drängt, hat uns in den letzten Jahrzehnten, über die politischen Gegensätze hinweg, einig und stark gemacht und muß uns einig und stark erhalten. Der Geist solcher Arbeit muß, im Zusammenschluß aller besonnenen und von Staatsbewußtsein getragenen Elemente im ganzen Reich, auch stark genug sein, um die Kräfte niederzuhalten, die in der gärenden Entwicklung unserer Zeit das Gefüge unseres staatlichen Baues nicht festigen und bessern, sondern lockern und niederreißen wollen. Pessimismus und Verdröbenheit sind noch nie die Schwingen zu großen Taten gewesen. Für den komplizierten Organismus des deutschen Bundesstaates sind starke, vorwärtstreibende Kräfte nötig. Dies ungefähr waren die Gedanken, die der Kanzler den Landwirten vortrug. Auch der Kaiser hat in den hinter uns liegenden Jahrzehnten immer und immer wieder den Wagen und den Arbeitsgeist des deutschen Volkes angespornt; er persönlich hat sich gerne bei den „Optimisten“ eingereiht und aus dieser Geminnung neue Schaffenskraft geschöpft.

Der Reichstag und Auflösungsünsche.

Von Reichstagsauflösung ist in letzter Zeit wieder die Rede gewesen. Der Gedanke ist so alt wie der gegenwärtige Reichstag. Das Anschwellen der sozialdemokratischen Seite durch die Wahlen ließ mit der Möglichkeit rechnen, daß ein ersprießliches Arbeiten des Parlaments hintangehalten und ein Konflikt heraufbeschworen werden würde. Doch hat der Reichstag vom Januar 1912 dann im Jahre 1913 die große Wehrvorlage bewilligt. Durch diese Tat hat er sich den Anspruch auf Achtung und Dauer erworben. Dieser Anspruch kann freilich durch Handlungen, die im Gegenjah zu einer patriotischen Willensrichtung stehen, verwirrt werden. Wenn eine Mehrheit des Hauses angriffsweise gegen die Grundlagen des Heeres vorginge, so wäre es diese Mehrheit, die einen Konflikt will. Dadurch würde eine neue Lage geschaffen. Ohne Ursache aber und ohne Kampfmittel wird sich wohl niemand eine Auflösung denken können. Ohne sie wären die unausbleiblichen heftigen Wahlkämpfe nicht zu rechtfertigen.

Konfliktabsichten sind bisher bei einer Mehrheit des Hauses nicht erkennbar geworden. Die Beratungen der sogenannten Zaberntkommission haben bisher keinen Konfliktstoff ergeben. Seitens der Regierung ist, nicht zur Beratung von Vorordnungen zur Änderung der gegenwärtigen militärischen Vorschriften, wohl aber zur Erteilung von Anstufen über die tatsächliche und rechtliche Lage die Hand geboten worden. Dadurch hat sich die Reichsleitung nichts vergeben — wie ihr von konservativer Seite vorgeworfen wurde —, aber es wird ebenso wenig dem Bestreben nach einer reichsrechtlichen Abgrenzung zwischen Militär- und Polizeigewalt nachgegeben werden. Vielleicht wird die Zaberntkommission noch Gelegenheit haben, Mitteilungen über die in Aussicht gestellte Regelung des militärischen Waffengebrauchs entgegenzunehmen. In einer anderen Kommission des Reichstags, derjenigen, der der Spionageentwurf überwiesen ist, ist eine Wendung eingetreten, die nach Ansicht parlamentarischer Kreise das Zustandekommen des Gesetzes erhoffen läßt. Im Plenum hat die Beratung des Flottenetats begonnen. Die ersten Tage der Debatte zeigten keine erhebliche Abweichung von den Debatten früherer Jahre. Das Zentrum, die Nationalliberalen, die Rechte und der Fortschritt ließen durch ihre Redner weitgehende Übereinstimmung mit der Verwaltung der Flotte, zum Teil eine stolze Teilnahme an dem Ergebnis unserer Flotte erkennen. Bemerkenswert sei auch, daß bei der den Beratungen über den Etat der Reichsjustizverwaltung folgenden Abstimmung der sechste Reichsanwalt, der vom Haushaltsausschusse gestrichen war, wieder hergestellt wurde. Freilich wird die mit ja stimmende Mehrheit als eine „Zufallsmehrheit“ bezeichnet; doch möchte man annehmen, daß wenn das Zentrum in jener Sitzung schwach vertreten war, es auch bei der dritten Lesung seine ablehnende Haltung nicht zu einer großen politischen Frage machen wird.

Der Bund der Landwirte und seine Gegner.

Auf der Tagung des Bundes der Landwirte ist betont worden, daß nicht das wirtschaftliche Interesse, sondern die politische Entwicklung augenblicklich im Vordergrund stehe. Dem entsprechend hat der Bund der Landwirte keine wirtschaftlichen Forderungen aufgestellt, sondern eine hochpolitische Entschliebung angenommen. Deren negative Seite ist die Ablehnung der Demokratie, die positive die Treue zur Monarchie und zum Heere. In den Ausführungen der vorbestimmten Redner hat es an feindlichen Urteilen über andere bürgerliche Parteien nicht gefehlt. Wenn diese Parteien sich gegen solche Angriffe wehren, so ist das verständlich. Wenn sie aber bloß Spott für die ganzen Verhandlungen haben, so ist das ein Beweis, wie schwach das Gemeinschaftsgefühl des Bürgertums noch ist. Glaubt jemand erhardt zu können, daß die von den tausenden Teilnehmern der Bundesversammlungen und den noch viel zahlreicheren Mitgliedern des Bundes im Lande an den Tag gelegte monarchische Geminnung nur Heuchelei sei, so möge er seine Gründe der Öffentlichkeit unterbreiten. Besteht dieser Verdacht nicht, dann sollten bürgerliche Kreise, denen die Treue zur Monarchie u. zum Heere ebenfalls ein wichtiges Stück ihrer politischen Überzeugung ist, sich der Übereinstimmung und der Unterstützung einer schwurzelnden Landbevölkerung freuen.

Politische Übersicht.

* Die Deutsche Militärabordnung.

Von unserem ständigen Berliner Vertreter wird uns berichtet: Der Petersburger Meldung, die deutsche Militärabordnung werde Konstantinopel alsbald verlassen, einzelne Offiziere seien bereits abgereist, muß auf das entschiedenste widersprochen werden. Soviel bekannt geworden ist, hat Major von Stempel, der vormalige deutsche Militärattache, wegen Krankheit Urlaub angetreten. Aus solchen oder ähnlichen Vorgängen, die bedauerlich, aber menschlich sind, einen Fehlschlag der Abordnung zu machen, vertritt ein fortdauerndes Abwollen jener publizistischen Kreise.

Sprechende Zahlen.

Die deutschen und die französischen Rekruteneinstellungsziffern waren seit vielen Jahren ungefähr die gleichen, rund 250 000 Köpfe, trotzdem Deutschland 66 Millionen Einwohner besitzt, Frankreich 39. Diese Tatsache erhält eine noch sprechendere Beleuchtung, wenn man die Kopfstärke der lebendgeborenen Knaben in Deutschland der in Frankreich gegenüberstellt. Es wurden lebend geboren:

1890 in Deutschland	903 000 Knaben,
in Frankreich	428 000 „
1895 in Deutschland	962 000 „
in Frankreich	426 000 „

Diese Zahlen beweisen, wie ungleich größer die Anspannung der Wehrkraft des französischen Volkes ist gegenüber der Anspannung bei uns. Wenn also vom Wehrverein immer wieder betont wird, daß Frankreich sehr viel mehr für die Schlagkraft seines Heeres tue wie wir, so ist dies, wie aus vorstehenden Zahlen ersichtlich, durchaus richtig. Es wird die Aufgabe des deutschen Volkes sein, dafür Sorge zu tragen, daß die allgemeine Wehrpflicht strikt zur Durchführung gelangt. Geschieht dies, wird Deutschland der Zukunft ruhig entgegensehen können, denn im Jahre 1900 betrug die Zahl der Knabengeburt in Frankreich 422 000, in Deutschland 1 024 000! Es liegt also völlig in der Hand des deutschen Volkes, sein Heer auf einer derartigen Stufe der Schlagfähigkeit zu halten, daß Frankreich gar nicht daran denken kann, uns feindlich entgegenzutreten.

* Der Kaiser ist am Freitag abend 10 Uhr 45 Minuten von Karlsruhe kommend, auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen.

* Kardinal Dr. von Kopp erkrankte am Dienstag in Troppan unter leichten Fiebererscheinungen. Am Donnerstag konstatierte der behandelte Arzt den Beginn einer Lungenentzündung. Nach dem heute Abend

ausgegebenen Krankheitsbericht ist das subjektive und objektive Befinden des Patienten bedeutend besser.

Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 3 erhielten von 31 884 Wahlberechtigten Rittergutspächter Schiele-Schollene (Lanf.) 16 625, Expedient Haupt-Magdeburg (Soz.) 15 259 Stimmen. Schiele ist somit gewählt.

Ein Prozeß gegen Rosa Luxemburg. Die sozialdemokratische Führerin Rosa Luxemburg hatte sich am Freitag wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt vor der Frankfurter Strafkammer zu verantworten. Nach der Anklage wurden die Straftaten in zwei Verhandlungen begangen, die am 25. und 26. September in Jechenheim und in Bockenheim abgehalten wurden und in denen Frau Luxemburg über das Thema „Die politische und wirtschaftliche Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse“ sprach. Hierbei soll die Rednerin, als sie von einem drohenden Krieg sprach, geäußert haben: „Wenn uns zugemutet werden sollte, die Nordwestfront gegen unsere französischen oder andere ausländische Brüder zu erheben, dann rufen wir: Wir tun das nicht!“ Darin sieht die Anklage ein Vergehen gegen die Paragraphen 110 und 111, weil die Angeklagte die öffentliche Aufforderung ergehen ließ, die Soldaten sollten im Falle eines Krieges dem Befehl ihrer Vorgesetzten auf den Feind zu schießen, nicht Folge leisten. Das Urteil der Strafkammer lautete auf ein Jahr Gefängnis.

Die Bekämpfung der Arbeitsnot in Berlin. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte nach kurzer Debatte einstimmig die Vorlage des Magistrats, dem Verein für innere soziale Kolonisation ein Darlehen von 100 000 M. zur Verfügung zu stellen, um den Arbeitslosen der Stadt Berlin Beschäftigung zu geben. — Die Grundstücke für die Verteilung von Darlehen an Arbeitslose sind jetzt vom Berliner Magistrat festgelegt worden. Bedingung ist, daß der Notstand in der gegenwärtigen ungünstigen Lage begründet ist. Die Darlehen sollen bis zu 40 M. betragen. Die Rückzahlungssfrist soll in der Regel ein Jahr sein.

Aus Meer und Marine.

Der frühere Musikdirektor des Ersten Gardebrigadenregiments, Voigt, ist im 74. Lebensjahre gestorben. Nach der historischen Attade des Ersten Gardebrigadenregiments von Mars la Tour, wobei der Stabstrompeter Wollenhaupt getötet wurde, ist Voigt zum Stabstrompeter der Ersten Gardebrigade ernannt worden, deren Musikkorps er seit seinem 10. Lebensjahre angehörte.

Koloniales.

Das Reichskolonialamt gegen die Luftschiffexpedition nach Neuguinea.

Das Reichskolonialamt hat dem Reichstage eine Erklärung zugehen lassen, in der Staatssekretär Dr. Solf entschieden Stellung gegen den Plan nimmt, das Schutzgebiet Deutsch-Neuguinea vom Luftschiff aus zu erforschen. Es heißt darin:

Die Kolonialverwaltung muß das kostspielige Projekt einer Erschließung Neuguineas vom Luftschiff nachdrücklich ablehnen und hat den Unternehmern dieses Projekts von vornherein keinen Zweifel über ihre Stellungnahme gelassen. Sie weiß sich hierin einig mit ihren berufenen Ratgebern, den Mitgliedern der Landesständlichen Kommission und allen mit der Reisetätigkeit im Innern Neuguineas vertrauten Personen. Dieser ablehnenden Haltung öffentlich Ausdruck zu geben, liegt umso mehr Veranlassung vor, als die Unternehmer der Luftschiffexpedition, um Stimmung für ihr Projekt zu machen, fortgesetzt die Erfolge früherer Expeditionen herabsetzen oder übersehen zu müssen glauben.

Welche Erfolge wären nun bestenfalls von einer Luftschiffexpedition zu erwarten? Für ethnologische, zoologische, botanische, geologische Studien gibt es wohl kein ungeeignetes Beförderungsmittel als ein Luftschiff, noch dazu in einem Lande, welches nur sehr spärliche Landungsstellen bietet. Die Einwirkungen, die das Erscheinen eines Luftschiffes auf die Scheue, im Urzustande lebenden Eingeborenen ausüben würde, sind nicht abzusehen; sie könnten unter Umständen recht verhängnisvoll sein und alle eben angebahnten freundschaftlichen Beziehungen vernichten. Die einzige, landesständlichen Zwecken dienende Aufgabe des Luftschiffes würde in der Herstellung von Karten durch photographische Aufnahmen bestehen, aber auch hierin sind nicht entfernt diejenigen Ergebnisse zu erwarten, die der Organisationsplan verspricht, obgleich er auf keine Erfahrungen im Aufnehmen eines tropischen Urwaldgebietes durch die Methode fußen kann.

Ein schwerwiegender Nachteil des Luftschiffprojekts besteht schließlich darin, daß schon für die Vorbereitung der Expedition außerordentlich hohe Mittel aufgewendet werden müssen bei sehr geringer Gewähr für die Unterhaltung eines verwendungsfähigen Luftschiffes auf längere Zeit. Die klimatischen Verhältnisse in Neuguinea sind für die Luftschiffunternehmungen sehr schlecht. Aus diesem Grunde ist auch der bekannte, speziell in der Südsee erfahrene Meteorologe Dr. Kurt Wegener, der schon vor Jahren die Überfliegung Neuguineas im Freiballon plante, ganz von einem derartigen Unternehmen zurückgekommen und sieht auch dem gegenwärtigen Projekt durchaus ablehnend gegenüber. Starke Wolkenbildung und die Luft würden das Luftschiff für Wochen unfähig machen, und die ganz abnorme Neigung zur Gewitterbildung würde seinen Bestand unausgesetzt gefährden.

Ein Appell an das deutsche Volk, die Mittel für eine großzügige Erschließung Neuguineas herzugeben, ist zu begrüßen, aber mit der Einschränkung, daß dieses Geld auch nach bewährten, Erfolg versprechenden Methoden angewendet wird. Versuchte Unternehmungen bringen der Forschung keine Förderung, sondern entmutigende Rückschlüsse. („Nordd. Allg. Ztg.“)

Zwei Pflanzer auf Samoa ermordet. Nach einem Telegramm des Gouverneurs von Samoa sind am 9. Februar die Pflanzer Treviranus und Schlitt (Schmitt?) von vier entlaufenen Angehörigen der Polizeitruppe auf der Lappapflanzung, etwa 15 km von Apia entfernt, ermordet worden. Bei der sofort eingeleiteten Verfolgung hat anscheinend ein schwerer Kampf stattgefunden,

denn drei Täter wurden am 11. d. M. in Masse erschossen. Der vierte konnte festgenommen werden. Ein Pflanzungsbesitzer wurde getötet, ein Polizeimeister verwundet. Nach der Meldung des Gouverneurs wird die Tat von allen Samoanern mißbilligt, ohne deren tatkräftige Unterstützung die Tat nicht eine so schnelle Sühne hätte finden können. Es handelt sich nach der Ansicht des Gouverneurs nicht um eine Auflehnung der Eingeborenen gegen die Weißen. Die Tat ist offenbar auf das auch in der Südsee beobachtete Amoklaufen zurückzuführen.

* Ausland.

Paris, 17. Febr. Gegenüber der Behauptung eines bona-partistischen Blattes, wonach die Regierung die von dem Prinzen Viktor Napoleon anlässlich der Geburt seines Sohnes den Pariser Armen gemachte Spende von 10 000 Franken abgelehnt habe, wird in einer amtlichen Note erklärt, daß die Spende keineswegs zurückgewiesen worden sei. Ihre Annahme sei lediglich aufgeschoben worden bis zu dem Tage, wo sie nicht mehr den Charakter einer politischen Kundgebung trage.

Paris, 19. Febr. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach die Entsendung von Herkischen Wellen zum Zwecke von Funkentelegrammen ausschließlich dem Staate vorbehalten bleibt. Dagegen wird jedermann das Recht zuerkannt, einen Funkensprechapparat zu besitzen unter der Bedingung, daß er um die behördliche Genehmigung nachsucht und eine gewisse Gebühr bezahlt, die übrigens sehr niedrig gemessen werden soll. Es heißt, daß der Gesetzentwurf, der schon in kürzester dem Parlament unterbreitet werden soll, auf eine Anregung des Kriegsministeriums zurückzuführen sei, welches behauptet, daß verdächtige Ausländer, namentlich an der Ostgrenze und in den Kriegshäfen, in ihren Behausungen Funkentelegraphen-Apparate eingerichtet hätten, die keineswegs bloße Liebhabereien seien und mit denen sie die vom Eisfeldern entsandten Chiffrebefehle auffingen, um sie zu entziffern.

Christiania, 18. Febr. Aus Anlaß einer Anstalt im Storching über die angekündigte Konferenz über die Verhältnisse in Skandinavien erklärte der Minister des Äußeren, daß er sämtliche europäische Staaten zu einer am 16. Juni in Christiania stattfindenden Konferenz eingeladen habe, die auch von allen Staaten dankend angenommen worden sei. Man hoffe auch auf eine günstige Antwort seitens der Vereinigten Staaten.

St. Petersburg, 19. Febr. Der Kriegsminister soll beabsichtigen, in den nächsten Tagen eine neue Vorlage zur Bewirkung des großen Armeeprogrammes einzubringen. Wie verlautet, dürfte es sich um die Neubildung von drei Armeekorps an der Westgrenze mit entsprechender Artillerie handeln.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 21. Februar.

Seine Hoheit der Herzog von Anhalt ist gestern abend 8 Uhr 38 Minuten von hier abgereist.

Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute vormittag den Geheimen Legationsrat Dr. Seyb, den Finanzminister Dr. Rheinboldt und den Minister Dr. Freiherrn von Bodman zur Vortragserstattung.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Bado.

Zum Tode der Prinzessin Wilhelm.

Die „Blätter des Badischen Frauenvereins“ widmen Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm einen längeren Nachruf, in dem es heißt:

„Dem Badischen Frauenverein war die hohe Frau während der ganzen Zeit eine treue Freundin und Gönnerin, die ihrem regen Interesse für den Verein durch persönliche Mitarbeit und reiche Förderung Ausdruck verlieh. Insbesondere hat Prinzessin Wilhelm während des Krieges 1870/71 sich durch eifrige Tätigkeit in den heiligen Kriegslazaretten rühmlich hervorgetan. Unter dem besonderen Protektorate Ihrer Kaiserlichen Hoheit stand das Arbeiterinnenheim, das unter ihrer Obhut eine erfreuliche Entwicklung fand. Ihrer hochherzigen Freigebigkeit verdanken wir zum großen Teil, daß der Neubau eines Wöchnerinnenheims beim Ludwig-Wilhelm-Krankenheim ermöglicht wurde. Ihres gnädigen Schutzes durfte sich der Verein zur Erhaltung eines Wöchnerinnenheims ganz besonders erfreuen. Viel Gutes hat Prinzessin Wilhelm aber auch in aller Stille an Armen und Reichen getan. So erfüllt der Heimgang der edlen Fürstin alle Herzen in unserem Lande mit Schmerz und Trauer. Die Liebe und Verehrung aber wird ihr für immer erhalten bleiben und ihr Andenken wird als ein segnetes Fortleben in unserem Verein und im ganzen Lande Baden.“

Karlsruhe, 21. Febr. In der Stadtratssitzung vom 19. d. M. gab der Oberbürgermeister folgendes Schreiben des Vorstandes des Geh. Kabinetts Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs bekannt:

„Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf das Schreiben vom 16. d. M. im Höchsten Auftrag ergehen mitzuteilen, daß Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin für die im Namen des Stadtrats und der gesamten Bürgerschaft der Residenz dargebrachte warme Teilnahme beim Hinscheiden Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm recht herzlich danken lassen. Diese Kundgebung treuer Gesinnung und die dem Andenken der vereinigten Prinzessin von Seiten der Stadt gewidmete ehrende und dankbare Anerkennung hat die Höchsten Herrschaften besonders erfreut.“

Ferner haben Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin von Anhalt und der Oberhofmeister der Großherzogin Luise im Auftrag Ihrer königlichen Hoheit herzlichste Dankschreiben an den Oberbürgermeister gerichtet.

Außerdem haben Seine königliche Hoheit der Großherzog und Seine Großherzogliche Hoheit der Prinz

Max dem Oberbürgermeister persönlich in warmen Worten für die teilnehmenden Kundgebungen der Residenzstadt und ihrer Bürgerschaft Dank ausgesprochen und ihn gebeten, dies bekannt zu geben.

Kommunalpolitisches aus Freiburg.

E. Freiburg, 21. Febr. Die etatmäßige Stelle des Vorstandes des Tiefbauamts wurde unter Verleihung des Titels „Stadtbaumeister“ dem Regierungsbaumeister a. D. Karl Buz, Betriebsingenieur beim städtischen Tiefbauamt in Mannheim, übertragen. — Nach dem Abschluß des Feuerversicherungsbuches betrug die Versicherungssumme der Gebäude in der Stadt Freiburg nebst Vororten Ende 1913. 254 959 700 M., d. i. 11 085 400 M. mehr als im Vorjahre (darunter der Vorort Littenweiler mit 3 214 600 M.). — Vom Gemeindericht sind im vergangenen Jahre 1558 Zahlungs- und 700 Vollstreckungsbefehle, sowie 45 Arreste und einstweilige Verfügungen erlassen worden. Von den 1795 anhängigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wurden 793 durch Vergleich, Verzicht usw. und 963 durch Erlassungen von Entscheidungen erledigt. Ferner wurden 508 Sühntermine wegen Beleidigung und Körperverletzung abgehalten. — Der hiesige Mieterverein zählt 392 Mitglieder, während der Grund- und Hausbesitzerverein über eine Mitgliederzahl von rund 1400 verfügt. — Die städtische Rechtsanwaltsstelle wurde im Jahre 1913 von 4868 Personen besucht, wovon insgesamt 5082 Auskünfte erteilt wurden. Die Zahl der auswärtigen Besucher betrug 363. Die Auskünfte erstreckten sich in der Hauptsache auf das Bürgerliche Gesetzbuch (3484), Gewerbeordnung (465), Zivilprozessordnung (302), Strafrecht und Strafprozeß (216), Handelsrecht (207), Gesinderecht (465) usw. An Schriftstücken wurden im ganzen 292 angefertigt. — Für die Soldaten der hiesigen Garnison wurden auch in diesem Winter landwirtschaftliche Vorträge von Ökonomen Gader in der Nordkaserne abgehalten, welche am 18. d. Mts. mit einem Demonstrationsausflug nach der Kadaverbewartungsanstalt und dem städtischen Mieselgut Mundenhof beendet wurden. An dem Unterricht nahmen 179 Mann vom Infanterieregiment Nr. 113 und 18 Mann vom Artillerieregiment Nr. 76 teil. Die Zahl der Teilnehmer war größer als in den beiden letzten Jahren. — Die Ortsgruppe Freiburg des badischen Fürstenervereins für bildungsfähige Krüppel veranstaltete am 18. Februar im Paulusaal, unter Mitwirkung hervorragender Künstler und Künstlerinnen einen musikalischen Unterhaltungsabend zum Besten des in hiesiger Stadt zu errichtenden Krüppelheims, der sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte und einen prächtigen Verlauf nahm.

Konstanzer Brief.

L. Konstanz, Mitte Februar. Ein für Konstanz stadgeschichtlich bedeutungsvoller Tag war der 7. Februar 1913. An diesem Tage hat der Bürgerausschuß von Allmannsdorf einstimmig dem Eingemeindungsvertrag mit Konstanz seine Zustimmung erteilt. Als Zeitpunkt der Vereinigung ist der 1. Januar 1915 in Aussicht genommen. Eine langwierige, mühevoll, manchmal ins Stöcken geratene Arbeit, die im Jahr 1906 begonnen hat, wird damit ihren befriedigenden Abschluß finden. Während es bei der Gemeinde Allmannsdorf in der Hauptsache wirtschaftliche Fragen sind, die dazu geführt haben, ihre Selbständigkeit aufzugeben, so ist es bei Konstanz das Bestreben, den Stadtbezirk durch die Eingemeindung von Allmannsdorf zu vergrößern. Durch diese Ausdehnung des Stadtgebietes, dem nunmehr die ganze, zwischen dem überlinger See und der Konstanzer Bucht liegende Landzunge zugehört, hat Konstanz eine herrlich gelegene An siedelungsfläche erhalten. Durch die Anlage schöner Straßen, durch bessere Verbindung dieser Gegend mit der Altstadt und da Wasser, Gas und Elektrizität in reichlichem Maß vorhanden sind, so hofft man, daß steuerkräftige Ansiedler ihre Villen und Landhäuser auf dem neuen Stadtgebiet erteilen lassen werden. Geschichtlich wird interessieren, daß Allmannsdorf schon im 8. Jahrhundert in Reichener Urkunden erwähnt wird (Allmannsdorf, lat. Allmantiskurt). Der Name wird gedeutet als „Dorf eines Mahlmunt“. 1586 wurde die Deutschordens-Kommende Mainau Besitzerin aller kirchlichen Gerechtigkeiten, wozu 1783 auch die Grafenrechte kamen. Seit 1806 gehört Allmannsdorf zum Großherzogtum Baden. Bedauerlicherweise wurden durch den Rathhausbrand im Jahre 1903 alle daselbst verwahrten Urkunden zerstört. Die Einwohnerzahl von Allmannsdorf betrug 1910 1558. Der Flächeninhalt dieser Gemarkung beträgt 751 ha 58 a. Die Steuerwerte haben für 1913 betragen: Liegenschaftsvermögen 5,1, Kapitalvermögen (voll) 3,5, Betriebsvermögen 0,4 Millionen und Einkommensteuerjahre 15 661 Mark. Da das Reinvermögen der Gemeinde Allmannsdorf nur 29 692 M. beträgt und da Konstanz alsbald nach erfolgter Eingemeindung Herstellungen (Wasser- und elektr. Straßenbeleuchtung, Seebadeanstalt, Straßenerweiterungen usw.) in Höhe von etwa 190 000 Mark auszuführen hat, so kann die Galtung der Stadt Konstanz, die 1913 einen Umlagefuß von 39 Pfg. hatte, als sehr entgegenkommend bezeichnet werden. Bemerkenswert ist hier noch, daß die Stadtgemeinde Konstanz verpflichtet ist, in dem Zeitpunkt, in dem sie eine elektrische Straßenbahn rechtsrheinisch erstellt, diese auf der Landstraße

über den Salzberg gleichzeitig bis zum Rathaus Almannsdorf und, sobald die Verhältnisse es gestatten, in tunlichster Höhe bis zur Landestelle Staad weiterzuführen. Diese Straßenbahn wird wohl schon in den nächsten Jahren zur Ausführung kommen. Die Stadtgemeinde Konstanz hat sich weiterhin verpflichtet, bei der Groß-Regierung darauf hinzuwirken, daß in Staad eine Dampfschifflandestelle errichtet wird, die besser als die jetzige, in allen Teilen den vorhandenen Bedürfnissen und Wünschen des künftigen Ortsteils Almannsdorf entspricht.

Der Bürgerausschuß wird sich u. a. in seiner nächsten Sitzung auch mit der Erweiterung des Krankenhauses (das der Epitalstiftung gehört) zu beschäftigen haben. Die Kosten für diese Erweiterung werden 372 206 M. betragen, zu deren Bestreitung bei der Landesversicherungsanstalt Baden eine Kapitalaufnahme von 300 000 M. gegen 4½ prozentige Verzinsung und 1 Proz. Tilgung erfolgen wird. — In den letzten Tagen ist mit dem Bezug des elektrischen Stromes vom Röntschwerk begonnen worden. Der Bezirksrat von Konstanz hat in seiner Sitzung vom 3. d. Mts. die Beschlüsse der dem Zentrum angehörenden Stadtverordneten gegen den Bürgerausschußbeschuß in der Leichenhallen-Krematoriumsfrage zurückgewiesen, da der betr. Bürgerausschußbeschuß rechtsgültig sei. — Die Kreisverwaltung beabsichtigt, da die derzeitigen Räumlichkeiten nicht mehr genügen, für die Kreisverwaltungsschule in Radolfzell einen Neubau zu erstellen. Der Ende April hier stattfindenden Kreisversammlung werden die endgültigen Vorschläge und Kostenberechnungen zur Genehmigung unterbreitet werden. — In Vorträgen und Konzerten war auch in den letzten Wochen kein Mangel. Besonders erwähnt sei der von Dr. Ludwig Büllner am 4. d. Mts. im Inseletheater gegebene Gesangs- und Rezitationsabend.

L. Konstanz, 20. Februar. In der heutigen Nachmittagsitzung des Bürgerausschusses wurde nach eingehender Begründung der stadtträflichen Vorlage durch Oberbürgermeister Dr. Weber der Vertrag über die Vereinigung der Gemeinde Almannsdorf mit der Stadtgemeinde Konstanz ohne Debatte einstimmig genehmigt. Um 1/6 Uhr fuhren die Mitglieder des Stadtrats und des Bürgerausschusses, so wie eine Anzahl geladener Gäste mit einem Extrazug nach Staad (Ortsteil von Almannsdorf), um im Gasthaus zum Schiff daselbst gemeinsam mit den Gemeindevertretern von Almannsdorf die glückliche Lösung der Eingemeindungsfrage festlich zu begehen. — Die heutige Bürgerausschusssitzung war die letzte, die der am 1. kommenden Monats von seinem Amt zurücktretende jetzige Oberbürgermeister geleitet hat. Namens des Bürgerausschusses und der ganzen Einwohnerschaft sprach der Obmann des Bürgerausschusses, einflussreicher Vorkämpfer, in zu Herzen gehenden Worten dem scheidenden Oberbürgermeister Dr. Weber den herzlichsten, wohlverdienten Dank für dessen 26-jährige, erfolgreiche Tätigkeit aus. Tiefgerührt dankte Oberbürgermeister Dr. Weber und gab seiner Freude Ausdruck, daß es ihm vergönnt gewesen sei, die heutige denkwürdige Sitzung, in der die langjährige und schwierige Eingemeindungsarbeit glücklich zu Ende geführt werden konnte, habe leiten können. Wenn er auch zunächst nach Wätern ziehe, so würden doch er und seine Gemahlin gute, treue Konstanzler bleiben. Große Freude erregte die Mitteilung des scheidenden Oberbürgermeisters, daß er später, wenn er sich gesundheitlich gefügiger fühle, wieder in seinem geliebten, schönen Konstanz Aufenthalt nehmen werde.

Personalmeldungen aus dem Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen zu Postassistenten: Kurt Einwächter, Eduard Stein in Karlsruhe; zum Telegraphenassistenten: Fritz Straßner in Karlsruhe; zur Postgehilfin: Ida Hertenbach in Karlsruhe. — Bezugsliste der Postassistenten: Friedrich Wankenschlag von Redarbischofsheim nach Mannheim, Rudolf Widenböcker von Heidelberg nach Mannheim, Friedrich Wapit von Mannheim nach Karlsruhe, Arthur Gisinger von Bretten nach Heidelberg, Adolf Fischer von Bauschlott nach Mannheim, Georg Fontius von Schönau (Amt Heidelberg) nach Mannheim, Alois Kirchner von Bühl nach Karlsruhe, Hugo Lefer von Kuppenheim nach Friedrichsfeld, Friedrich Metz von Mannheim nach Pforzheim, Joseph Noos von Appenweier nach Pforzheim, Matthias Schaffner von Waldhausen nach Karlsruhe, Karl Thoma von Schwellingen nach Mannheim. — Es treten in den Ruhestand: die Obertelegraphenassistenten: August Stör in Karlsruhe, Paul Eckhart in Mannheim; der Postassistent: Emil Vängle in Karlsruhe.

B.C. Zur Landtagswahl in Offenburg. Der „Volksfreund“ schreibt: „Eine gestern abend tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Offenburg beschloß nach reiflicher Aussprache einstimmig, von einer eigenen Kandidatur abzusehen und nach Kräften die Kandidatur Wuser gleich im ersten Wahlgang zu unterstützen. Eine Stimmengählung ist diesmal unsererseits zwecklos, da wir erst kurz hintereinander 2 Wahlen zu verzeichnen hatten und vorerst doch nicht als Bewerber um die Siegespalme in Betracht kommen.“

Badische Heimat. Zeitschrift für Volkstunde, ländliche Wohlfahrtspflege, Heimat- und Denkmalpflege. Im Auftrage des Vereins Badische Heimat herausgegeben von Prof. Dr. W. Wingenroth. Jährlich 3 Hefte mit zahlreichen Abbildungen. Bezugspreis 5 M. fürs Jahr, Einzelhefte 2 M. Verlag der G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe i. B.

Inhalt des soeben erschienenen ersten Heftes: Das Freiburger Münster, seine Bau- und Kunstpflege. Von Münsterbaumeister Fr. Kempf, Freiburg. (Mit 80 Abb.) — Segen und Rauber aus Baden. Von Privatdozent Dr. Eugen Fehle, Heidelberg. — Das Großherzogliche Kunstgewerbemuseum Karlsruhe. Von Professor R. Goffader. (Mit 10 Abb.) — Fundberichte (Mit 10 Abb.) — Bücherbesprechungen. — Allerlei.

Das erste Heft entspricht dem Zweck und Ziele dieser neuen Zeitschrift: Erhaltung der Eigenart unserer Heimat, Verbreitung der Kenntnisse ihrer Kunst- und Naturdenkmäler, sowie der Wohlfahrt unseres Landvolkes, Schilderung dieser Denkmäler sowohl in Kunst wie Sprache, Bericht über die Maßnahmen zur ihrer Erhaltung. Alle Bestrebungen der Denkmalpflege und des Heimatsschutzes, der Volkstunde und der ländlichen Wohlfahrtspflege in Baden sollen hier ihre Zusammenfassung finden. Die Zeitschrift, von der jedes Heft mindestens 4 Bogen umfassen soll, wird eingehende Originalaufsätze über alle Fragen der genannten Gebiete bringen und zwar aus der Feder der besten Sachverständigen des Landes. Mit reichlichen Bilderbeigaben werden besonders die Erhaltungstragen einzelner Denkmäler, als auch ganzer Ortsbilder und ihrer Schönheit und Eigenart behandelt. Die badische Volkstunde wird in wissenschaftlichen, aber zugleich der Allgemeinheit zugänglichen Aufsätzen erschöpfend. Nicht weniger wird die ländliche Wohlfahrtspflege zu Worte kommen. Außerdem werden Berichte über die Tätigkeit unserer öffentlichen Sammlungen erscheinen, womit zum ersten Male überhaupt über die Tätigkeit auf diesem Gebiete in unserem Lande regelmäßig und zusammenfassend berichtet wird. Dem schließen sich Fundberichte, sowohl über Ausgrabungen, als auch über interessante Funde der Kunst wie des Volkslebens an, und schließlich bringt die Zeitschrift auch Bücherbesprechungen und eine Zeitschriften-Rundschau.

Diese neue Zeitschrift wird gewiß in weiten Kreisen Baden und auch außerhalb unseres Landes freudig begrüßt werden, und es steht zu hoffen, daß sie dank dem Entgegenkommen und der Mithilfe aller, die an den Bestrebungen der Zeitschrift Interesse und Anteil nehmen, sich bald einen großen Kreis von Freunden erwerben wird.

W. Konstanz, 21. Febr. Die für die Wahl des Oberbürgermeisters eingesetzte Kommission wird nach einer Vereinbarung der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Dietrich-Nehl als einzigen Kandidaten dem Gemeindefolgeamt in Vorschlag bringen. Das Zentrum behält sich ablehnend.

Aus der Residenz.

* Errichtung eines Neubaus für das Groß- Landesgewerbeamt. Der Stadtrat berichtet: Das Groß- Ministerium des Innern teilte auf eine Anfrage des Stadtrats über den Stand des Projektes der Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das Großherzogliche Landesgewerbeamt, es halte an der Errichtung eines Neubaus auf dem Gelände zwischen Kriegsstraße, Ertlingerstraße, Gartenstraße und Veierheimer Allee fest. Sobald über die Gestaltung des Ertlinger Torplatzes und im Zusammenhang damit über die Lage des Bauplatzes des Großherzoglichen Landesgewerbeamts endgültig Entscheidung getroffen sei, werde zwecks Gewinnung geeigneter Pläne für den Neubau ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben werden, wofür die Mittel schon im Staatsvoranschlag für 1912/13 genehmigt seien. Die Rücksicht auf die „Badische Jubiläumsausstellung Karlsruhe 1915“ verbiete die Inangriffnahme der Bauarbeiten auf dem fraglichen Gelände vor Beendigung der Ausstellung. Das Ministerium werde jedoch die Vorarbeiten für den Neubau unter Verwendung der im Staatsvoranschlag für 1914/15 hierfür angeforderten Mittel derart fördern, daß mit den Bauarbeiten im Jahre 1916 begonnen werden könne. Im Staatsvoranschlag für 1916/17 werde ein größerer Betrag für diesen Neubau angefordert werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

34. öffentliche Sitzung: Freitag, 20. Februar.

(Kurzer Bericht.)

In der nach 1/4 Uhr eröffneten Nachmittags-sitzung in der allgemeinen Beratung über den Titel „Gewerbeverbesserung“ und den hiermit in Verbindung stehenden, die Errichtung eines Submissionsamtes betreffenden Antrag der Abg. Niederbühl und Gen. zuerst Abg. Görlicher zum Wort, der, ausgehend von der bedrängten Lage des gewerblichen Mittelstandes, sich in eingehender Weise mit den auf die wirtschaftliche Hebung dieses Standes gerichteten Bestrebungen befaßt. Redner behandelt zunächst das Verdingungswesen, regt hierbei, teilweise unter Ablehnung der in dem vorliegenden Antrag und in der Denkschrift des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen enthaltenen Vorschläge, die Errichtung mehrerer, an die Handwerkskammern anzugliedernden Submissionsämter an und bedauert sodann die Übergehung einheimischer Bewerber bei Vergebung einzelner, vom Redner näher bezeichneter Arbeiten. Redner vertritt die Auffassung, daß die Hebung des Gewerbe- und Handwerkerstandes in erster Linie von der Selbsthilfe zu erwarten sei und schließt seine längeren Darlegungen mit dem Wunsch, daß etwas mehr Bewegung in das Handwerk kommen möchte. Im Anschluß hieran ergriff Abg. Niederbühl das Wort, um zunächst in großen Zügen einen Überblick zu geben über die Entwicklung, die Tätigkeit und Ziele des in dem Landesverband der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen organisierten Gewerbes und Handwerks und weist zugleich auf dessen

Erfolge auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens, insbesondere aber auf seine sozialen Einrichtungen hin, welche entstanden auf dem Boden der Selbsthilfe, am besten geeignet seien zur Widerlegung der weitverbreiteten Ansicht, daß das Handwerk und Gewerbe dem Untergang geweiht sei. Redner gedenkt dankbar der Unterstützung seitens der Kreise, die ebensowenig, wie die staatliche Unterstützung entbehrt werden könne, und geht sodann an der Hand des Staatsvoranschlags unter vollster Anerkennung der Tätigkeit des Ministeriums und des Landesgewerbeamtes des näheren auf das Gebiet der staatlichen Gewerbeverbesserung ein. Redner erörtert eingehend das gewerbliche Schulwesen, dankt den Gewerbelehrern, die ebenso wie die Handelslehrer den Landwirtschaftslehrern gleichgestellt werden sollten, für ihre fruchtbringende Tätigkeit in den gewerblichen Vereinigungen und gibt schließlich in Übereinstimmung mit seinem Vorredner dem Wunsche Ausdruck, daß dem badischen Gewerbe und Handwerk die Beteiligung an der Jubiläumsausstellung in Karlsruhe möglichst erleichtert werden sollte.

Kiel, 21. Febr. Auf der Germania-Werft lief heute das Linien Schiff „Ersag Brandenburg“ glücklich von Stapel. Prinz Heinrich von Preußen hielt die Landrede. Die Kronprinzessin kaufte hierauf das Schiff auf den Namen „Kronprinz“.

Berlin, 21. Febr. (Reichstag.) Am Bundesratstag ist Kriegsminister von Falkenhahn erschienen. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Modelle zum Militärstrafgesetzbuch.

Kriegsminister von Falkenhahn führt zur Begründung aus: Auf einstimmigen Beschluß des Reichstags ist das Militärstrafgesetzbuch hinsichtlich der Mindeststrafe gemildert und auch der Begriff der mildernden Umstände in das Strafgesetzbuch eingeführt worden. Die sofortige juristische Nachprüfung hat ergeben, daß gewisse Unstimmigkeiten möglich wären, falls der Entwurf die Mindeststrafen für die schwersten Verbrechen gegen die militärische Unterordnung niedriger ließe, als es diejenigen gegen gleichartige von leichten Vergehen waren. Die Heeresverwaltung hat sich nicht leichten Herzens entschlossen, doch nach einer weite Strafbestimmung der militärischen Unterordnung zu mildern. Unsere Strafbestimmungen sind weit milder als die in anderen großen Heeren. Die Strafen für Disziplinarvergehen sind unentbehrlich. Andererseits ist es angenehm, wenn der Richter die Möglichkeit hat, in wirklich minder schweren Fällen eine Milderung eintreten zu lassen. Die Erleichterungen kommen namentlich den Sündern aus dem Mannschaftsstande zugute. Die Heeresverwaltung ist an den Reichstagsbeschluß ohne jedes Vorurteil herangetreten. Bei den Erleichterungen glauben wir aber an der zulässigen Grenze angekommen zu sein. Ich bitte nicht weiter zu gehen, bevor nicht die neuen zivilrechtlichen Strafbestimmungen seitgestellt worden seien (Beifall).

Die Vorlage geht nach längerer Beratung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Berlin, 21. Febr. Der Besuch der atlantischen Division in Rio de Janeiro ist nach telegraphischer Meldung von dort durch den Tod des Marineattachés Schaedler vom Flaggenschiff „Kaiser“ getrübt worden. Wenn auch amtliche Nachrichten an hiesiger zuständiger Stelle noch nicht eingegangen sind, so scheint doch festzustellen, daß Schaedler, als er vor einigen Tagen einen geisteskranken gewordenen Matrosen an einem Selbstmord hindern wollte, durch eine Kugel in den Unterleib getroffen wurde. Infolge der Verletzung ist der allgemein beliebte und verdiente Marineingenieur heute gestorben.

Petersburg, 21. Febr. Ein amtliches Zirkular des Ministers für Volksaufklärung ordnet an, daß die Aufnahme von Juden in den Mittelschulen der Krone nach bestandenen Eintrittsexamen zu dem 1910 festgesetzten Prozentsatz durch das Los zu erfolgen hat.

Verschiedenes.

Meieritz, 20. Febr. (Vorbericht.) In dem Prozeß gegen den Grafen Wielganski ist auf Antrag des Ersten Staatsanwaltes und im Einverständnis mit der Verteidigung die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses im vollen Umfange ausgeschlossen worden. Auch die Presse und die nicht ausgelosten Geschworenen mußten den Saal verlassen. Neben Wielganski nahm dessen Arzt Markwig Platz. Der wegen Beleidigung verurteilte Angeklagte, der gebeugt aussieht und mit matter Stimme antwortet, ist nach dem Eröffnungsbeschuß schuldig, in der Nacht vom 20. Dezember 1913 seine Frau und deren Neffen durch zwei selbständige Handlungen vorsätzlich getötet zu haben, mit der Entschuldigung, daß er von den Getöteten ohne eigene Schuld schwer gereizt und auf der Stelle zur Tat hingerissen wurde. Das Urteil wird voraussichtlich morgen gesprochen.

Gassel, 20. Febr. Wegen Betruges in 953 Fällen verurteilt heute mittag das hiesige Landgericht den Kaufmann Harry Goerle in Wandsbeck zu drei Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte gewann gemeinschaftlich mit seinem Stiefsohn Martin Hoppe in Hamburg von Kopenhagen und Amsterdam aus durch betrügerische Vorspiegelungen und marktfeiereische Reklame unzählige Leute in allen Teilen Deutschlands zur Beteiligung an Serienlosgeellschaften. Diesen Spielern wurden die schlechtesten Serienlose aus ganz Europa zugeandt, so daß auf rund 390 Mark Spieleinlagen im besten Falle eine Mark Gewinn entfiel. Den Angeklagten erwuchs aus diesem Schwindel eine Jahreseinnahme von 100 000 bis 120 000 Mark. Hoppe ist am 17. Oktober 1913 wegen Beihilfe zu diesem Betruge zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach vieler Mühe gelang es dem hiesigen Staatsanwalt, den Angeklagten im Dezember 1913 in Genf ausfindig zu machen und verhaften zu lassen.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur G. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlsruherstraße Wandbilderschmuck Inh. W. Bertsch: Bildereinrahmungen



Unser berühmtes
Starfbier (Karlsruher Bürgerbräu)
 gelangt am Aschermittwoch zum Ausstoß und ist in den Ausschank-
 und Verkaufsstellen zu haben.
Voranzeige!
 Am 1. März findet im „Kühlen Krug“ das altbekannte
Starfbierfest statt.
 Brauerei Sinner.

Gebüder Roeder
 Gegründet 1866. Darmstadt. Gegründet 1866. 40 erste Preise.
 Silb. Staatsmedaille. Dampf-Wasserbad-Kochanlagen.
Dampfkoch-Anlagen. Dampf-Wasserbad-Kochanlagen.
 Kochherde für Großküchen mit Kohlen- und Gasheizung.
 Ausgeführte Anlagen: Provinzial-Heil- u. Pflegeanstalt Badburg-Cleve für 2500 Personen, größte Anstalt Deutschlands, Stadt Krankenhaus Ulm für 500 Personen, Stadt Krankenhaus Offenbach für 800 Personen, Stadt Krankenhaus Darmstadt für 800 Personen, Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Brieg, Heil- u. Pflegeanstalt Ansbach, Krankenhaus Erfurt, Lehrerseminar Lehr, Lehrerseminar Bensheim, Garnison-Lazarett Hanau und viele andere. F.425
 Man verlange Musterbuch Nr. 24.

OSKAR SUCK
 Inh.: G. Tillmann-Malter Hofphotograph
 Kaiserstrasse 223 Telephone Nr. 100
 Altrenommiertes Atelier für
 alle Fächer der Photographie
 PORTRÄTS in höchster Vollendung
 Gegründet 1860 E.887

Elegant. Wohnungseinrichtungen
 einzelne Speise-, Schlafzimmer, Herrenzimmer, vornehme
 Klubzimmer, Klubsessel, Teppiche sowie einzelne Stücke
 liefert in modernster, gediegenes Ausführung unter strengster
 Disziplin leistungsfähige, große Berliner Spezial-Möbel-
 Firma an Private zu Katalogpreisen gegen 5% Verzinsung
auf Teilzahlung.
 Kein Inkasso durch Boten, Kataloge werden nicht ver-
 sandt. 12 1/2 jährige Garantie. Da unsere Vertreter ständig
 ganz Deutschland bereisen, erbitten gefl. Nachricht, wann der
 unverbindliche Besuch behufs Vorlegung von Mustern u. Zeich-
 nungen erwünscht ist, unter Chiffre K. 1000 durch Rudolf
 Mosse, Berlin, Königstraße 56/57. G.285

Atelier Max Peter Karlsruhe
 Erbdäuisenstr. 31
 Wiener Damenschneider
 Beste Maßarbeit: Großes Stofflager
 Echt englische Reitkleider und Kostüme
 Englische Ulster und Mäntel (Raglan) F.847

Kassenschränke
 in jeder Bauart und für jeden Zweck
Alfred Moch, Mannheim
 Lieferant der Deutschen Reichsbank, Rhein.
 Creditbank, Südd. Disconto-Ges. etc. etc. H.10

Königl. Höhere Webschule zu Münchenberg
 (Oberfranken)
 Jahresfrequenz: 60-80 Tagesschüler
 Komplette eingerichtete und fabrikmäßig betriebene Textil-
 Schule mit Vorbereitung, Kunst-Handweberei, Mechanische
 Weberei, Maschinenstickerei, Montier- und Konstruktions-
 Abteilung, Reparatur-Werkstätte, Mechanisch-technologische
 Laboratorium mit chemischer Abteilung. Vorzügliche Stoff-
 und Lehrmittelsammlungen. Eigene Dampf- und elektrische
 Kraft- und Licht-Anlage. Beginn der neuen Semester:
 Mitte März und Anfang Oktober. Auskünfte gern und un-
 entgeltlich durch **Direktor Winkler.** G.195

Preußischer Beamten-Berein
 in Hannover.
 (Protector: Seine Majestät der Kaiser.)
 Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats-
 und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen,
 Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, In-
 genieure, Architekten, kaufmännische Angestellte und sonstige
 Privatangehörige.
 Versicherungsbestand 438278498 M. Vermögensbestand 165398000 M.
 Ueberschuß im Geschäftsjahre 1912: 5378200 M.
 Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebens-
 versicherung verwendet. Die Zahlung der Dividenden, die von
 Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer
 mehr als die Jahresprämie betragen können, beginnt mit dem
 ersten Jahre. Betrieb ohne bezahlte Agenten und deshalb
 niedrigste Verwaltungskosten.
 Wer rechnen kann, wird sich aus den Druckfaden des Ver-
 eins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Ver-
 sicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man
 von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von
 Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergün-
 stigungen in Abzug bringt. Man lese die Druckschrift: Boni-
 fikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.
 Zusendung d. Druckfaden erfolgt auf Anforderung kostenfrei durch
 Die Direktion des Preussischen Beamten-Bereins in Hannover.
 Bei einer Druckfaden-Anforderung wolle man auf die An-
 kündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Bekanntmachung.
 Auf den 1. Oktober 1914 sind planmäßig von den Schuld-
 verreibungen des 3/4prozentigen Eisenbahnanlehens von
 1862/64 je 673 Stück zu 1000, 500, 200 und 100 fl. und von
 jenen des 3/4prozentigen Eisenbahnanlehens von 1878 je 194
 Stück zu 2000, 1000, 500, 300 und 200 M. heimzusahlen.
 Die Auslosung für beide Anleihen wird
 Montag, den 2. März d. J., vormittags 9 Uhr,
 in unserem Zeichnungszimmer Nr. 133 öffentlich vorgenommen.
 Karlsruhe, den 20. Februar 1914. G.287
 Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Verlosung.
 Von dem 3/4prozentigen Anlehen der Stadtgemeinde Neu-
 stadt im Schwarzwald vom Jahre 1899 wurden bei der
 Ziehung am 14. Februar d. J. durch das Los zur Heimzahlung
 auf 1. Oktober 1914 bestimmt:
 Lit. D. Nr. 1, 4, 26 und 28 je 1000 M.
 Lit. F. Nr. 4, 13, 17 und 20 je 200 M.
 Der Kapitalbetrag kann vom 1. Oktober d. J. an bei der
 Stadtkasse hier in Empfang genommen werden. G.286
 Die Verzinsung hört von diesem Tage an auf.
 Neustadt, den 20. Februar 1914.
 Der Gemeinderat.

BAUGENEHMIGUNGEN
 Von Großherzoglich badischen Bezirksämtern genehmigte Baugesuche.
 Veröffentlichungen erfolgen wöchentlich mehrmals. (Kaufrecht vorbehalten.)

Oberamt Gchingen.
 Bilingen. Josef Neider, Umbau. Gauseltingen. P. Ranz & R. Klüber,
 Neubau. Gchingen. J. Schmid & M. Glanzer, Neubau. Raugen-
 dingen. Gallas Wiest, Neubau. Stein. Josef Sulach, Umbau. Pius
 Mayer, Umbau. Anton Eberle, Umbau.

Ami St. Blasien.
 Blaswald. Pius Nezz, Schuppen. Gappingen. Hieronimus Denz,
 Umbau an das Lokomotivgebäude. Todmoos. Gottlieb Wäpner,
 Brennenscheit.

Ami Staufen.
 Grunern. Josef Hermann, Walzwerk, Stallung. Krozingen. Bad.
 Kraftleistungsges. u. v. S. Freiburg. Transformatorhaus. Albert
 Heltlinger, Schreiner, Nebenschleusenbau, Wohnhausüberbau. Ober-
 münchertal. Karl Pfefferle, Müllereifer, Maschinenbau. Tausel.
 D. Ciel, Landwirt, Schuppenveränderung. Karl Freund, Landwirt,
 Futterständer u. Stall. Franz Josef Sewald, Landwirt, Stall.

Ami Waldkirch.
 Waldkirch. A. Riene Wwe., Orgelfabrik, Umbau des Fabrikgebäudes.
 Alfred Schumm, Fabrikant, Bau eines Astenmagazins.

Koche mit Knorr

Montag:	Knorr-Ziebenschwaben-Suppe
Dienstag:	„ Westfälische Suppe
Mittwoch:	Knorr-Spargel-Suppe
Donnerstag:	„ Goulasch-Suppe
Freitag:	Knorr-Eierspähle-Suppe
Sonnabend:	„ Reis-Suppe
Sonntag:	Knorr-Sünderland-Suppe

48 Sorten Knorr-Suppen.
 1 Würfel 3 Feller 10 Pfennig.

ROM Hotel Quirinal
 Weltbekanntes, vornehmes Haus an der
 berühmten Via Nazionale gelegen. Ruhige
 Zimmer nach dem Horengarten in voller
 Südsont. Modernster Komfort. 70 Bade-
 zimmer. Reduzierte Pensionspreise bis
 Februar. Besitzer: **Eucher-Durrer**

monatl. Zahlungen
 ermöglichen jedermann
 die Anschaffung von
**Pianino Flügel
 Harmonium**
 od.
 durch Kauf oder Miete
 mit Käuferwerb
 Bekannte Preiswürdigkeit u.
 Qualität. Katalog u. Prosp.
 auf Wunsch gratis
H. Maurer
 Großh. Hoflieferant
 — Karlsruhe —
 Friedrichsplatz 5
 Kaiserstraße 176

Atelier für fein. HERRENSCHNEIDEREI
J. Kovar
 Friedrichs-
 platz 8
**Großes
 Stofflager
 in sämtl.
 Neuheiten**
 Spezialität:
**Frack- und
 Smoking-
 Anzüge.**
 Mäßige Preise.

Soeben erschien meine
**neue Preisliste über
 Zupfgeigen und Lauten**
 Versand kostenfrei an Liebhaber!
**Musikhaus
 Ruckmich**
 Großh. Bad. Hoflieferant
 Freiburg i. B. 44

Bürgerliche Rechtspflege.
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 L.686. Rufen. In dem
 Konkurs über den Nachlaß
 der Schneider Hugo Schnorr
 Witwe Katharina geb. Was-
 ner in Rudaun ist Termin zur
 Abnahme der Schlussrechnung,
 zur Erhebung von Einwen-
 dungen gegen das Schlussver-
 zeichnis und zur Aufhebung

zung der Gläubiger über die
 nicht verwertbaren Vermö-
 gensstücke bestimmt auf
 Montag den 16. März 1914,
 vormittags 9 Uhr,
 Luchen, 20. Februar 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh.
 Amtsgerichts.

L.678. Freiburg. In den
 Konkursverfahren über das
 Vermögen des Kaufmanns
 Mathias Eberhardt i. Pforz-
 heim-Dillweissenstein wurde
 nach Abhaltung des Schluß-
 termins und nach Vornahme
 der Schlussberechnung durch
 Beschluß Großh. Amtsgerichts
 vom 20. Februar 1914
 Pforzheim, 18. Febr. 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts I.

L.679. Pforzheim. Das
 Konkursverfahren über das
 Vermögen des Schuhmachers
 Mathias Eberhardt i. Pforz-
 heim-Dillweissenstein wurde
 nach Abhaltung des Schluß-
 termins und nach Vornahme
 der Schlussberechnung durch
 Beschluß Großh. Amtsgerichts
 vom 20. Februar 1914
 Pforzheim, 18. Febr. 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts A. II.

L.680. Bilingen. In dem
 Konkursverfahren über das
 Vermögen des Kaufmanns
 Karl Wasse in St. Georgen
 wurde Termin zur Prüfung
 der nachträglich angemelde-
 ten Forderungen auf
 Samstag den 7. März 1914,
 vormittags 11 1/2 Uhr,
 vor dem Großh. Amtsgericht
 hier bestimmt.
 Bilingen, 20. Febr. 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh.
 Amtsgerichts.

b. Freiwillige Gerichtsbarkeit.
 Aufsebot.
 L.676.21. Vörsberg. Der
 Vorkaufdiener a. D. Johann
 Heinrich Baumann in Vör-
 sberg hat beantragt, den ver-
 schollenen Wäcker Heinrich
 Baumann von Rastig, Amt
 Birkheim, zuletzt wohhaft
 in Vörsberg, für tot zu erklä-
 ren.

Der bezeugte Verschollene
 wird aufgefordert, sich späte-
 stens in dem auf
 Mittwoch, 25. Novbr. 1914,
 vormittags 9 Uhr,
 vor dem unterzeichneten Ge-
 richt abzumelden, widrigen-
 falls die Todeserklärung er-
 folgen wird.
 An alle, welche Auskunft
 über Leben oder Tod des Ver-
 schollenen zu erteilen vermag-
 en, ergeht die Aufforde-
 rung, spätestens im Aufge-
 botstermine dem Gericht An-
 zeige zu machen.
 Vörsberg, 18. Febr. 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts.